UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 20. Februar 1992

6/1992 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Steueränderungsgesetz verabschiedet

SPD-Blockade-Politik ist kläglich gescheitert

Das Präsidium der CDU Deutschlands begrüßt nachdrücklich, daß sich mit der Zustimmung des Bundesrates zum Steueränderungsgesetz 1992 eine Politik der Vernunft und der Solidarität in Deutschland durchgesetzt hat. Der Versuch der SPD-Führung, den Bundesrat als wahltaktisches Blockade-Instrument zu mißbrauchen, ist kläglich gescheitert. Es hat sich gezeigt, daß eine Mehrheit der Bundesländer die Notwendigkeit erkannt hat, im wiedervereinten Deutschland die Prioritäten neu zu setzen.

Insbesondere die konstruktive Haltung der Länder Berlin und Brandenburg hat entscheidend dazu beigetragen, parteipolitisches Kalkül der SPD als solches zu entlarven. Diesen Ländern ist es in besonderer Weise zu danken, daß sie dem permanenten, zum Teil brutalen Druck aus der SPD-Führung widerstanden und ihre Verantwortung gegenüber den Menschen in den neuen Ländern wahrgenommen haben.

Als empörend bezeichnet es das CDU-Präsidium, daß der SPD-Vorsitzende Engholm das Abstimmungsverhalten des brandenburgischen Ministerpräsidenten mit den Worten kritisiert hat, Stolpe habe „nicht den Mumm gehabt, noch drei Monate zu warten". Deutlicher kann nicht werden, daß die Blockade-Strategie die SPD-Führung lediglich über die Wahltermine vom 5. April retten sollte, in Wahr-

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● **Steueränderungsgesetz**
Weitreichende Verbesserungen für Familien und Unternehmen. Seite 3

● **Sozialdemokraten**
Engholm, Klose und Lafontaine blockieren sich gegenseitig. Seite 5

● **Kommentare**
SPD — ein Scherbenhaufen. Seite 7

● **Schengen**
Meilenstein auf dem Weg nach Europa. Seite 9

● **SED-Unrecht**
Volker Rühe: Aufarbeitung ist eine gesamtdeutsche Herausforderung. Seite 11

● **CDU/CSU**
Spitzentreffen der beiden Unionsparteien. Seite 14

● **Dokumentation**
Deutschlands neue Verantwortung in der Welt.
Vortrag von Wolfgang Schäuble auf dem Rechtspolitischen Kongreß am 15. Februar 1992 in Karlsruhe. Grüner Teil

Volker Rühe:

Solidarität für neue Bundesländer war stärker als Parteitaktik

Als „eine von großem Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Bürgern in den neuen Bundesländern und von politischer Weitsicht gekennzeichnete Entscheidung" hat CDU-Generalsekretär Volker Rühe die Zustimmung des brandenburgischen Ministerpräsidenten zum Steuerpaket der Bundesregierung bezeichnet. „Manfred Stolpe hat sich der schwierigen Situation uneingeschränkt gestellt und eindrucksvoll bewiesen, daß ihm die Solidarität mit den Bürgern seines Landes über Parteidisziplin und taktische Oppositionsspielereien geht."

Für die Bundesregierung und insbesondere für Finanzminister Theo Waigel ist die Entscheidung Manfred Stolpes „ein großer Erfolg". „Während der SPD-Vorsitzende Engholm und seine Parteistrategen mit ihrer Blockadepolitik vollkommen eingebrochen sind, hat sich das klare und durchdachte Konzept Waigels durchgesetzt", erklärte Rühe. „Die Gewinner dieser Entscheidung sind die Menschen in den neuen Bundesländern, die in den letzten Wochen ein trauriges Beispiel dafür vor Augen geführt bekamen, daß die SPD-Parteispitze zwar dauernd Solidarität beschwört, von solidarischem Handeln jedoch meilenweit entfernt ist."

Exportkontrollen auf den Weg gebracht

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages begrüßt die Entscheidung des Bundesrates, den verschärften Regelungen zum Rüstungsexport zuzustimmen. Damit können die Novellen zum Außenwirtschaftsgesetz, zum Strafgesetzbuch und anderen Gesetzen auf den Weg gebracht werden. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich damit an die Spitze einer besonders sorgsamen Kontrolle, die Verstöße rigide bestraft und vor allem schon im Vorfeld zu unterbinden versucht, stellt der außenwirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Kittelmann fest.

Es bleibt zu hoffen, daß von der neuen Regelung eine Signalwirkung für die europäischen Partner ausgeht und wir nun im Anschluß zu einer europäisch-harmonisierten Exportkontrolle finden.

(Fortsetzung von Seite 1)

heit also nichts anderes ist, als ein langfristig angelegtes und generalstabsmäßig geplantes Betrugsmanöver gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land. Die CDU wird auch in Zukunft nicht zulassen, daß die Sozialdemokraten die erforderlichen Entscheidungen für die Zukunft Deutschlands künftig mittels ihrer Blockade-Politik zu verhindern suchen. Die SPD-Doppelstrategie — einerseits Blockierung der Regierungsmehrheit, andererseits Forderung nach einem „Runden Tisch" — wird auch in Zukunft zwangsläufig scheitern. ■

Finanzpaket:

Weitreichende Verbesserungen für Familien und Unternehmen

Das Finanzpaket 1992 kann in Kraft treten. Die positive Entscheidung des Bundesrates für das Steueränderungsgesetz ist eine Entscheidung zum Wohle der Menschen in den neuen und in den alten Bundesländern. Die SPD-Blockadepolitik ist gescheitert. Engholm, Lafontaine und Klose haben ihr durchsichtiges parteitaktisches Spiel verloren. Solidarität und Vernunft haben sich durchgesetzt. Dies sind die Ergebnisse im einzelnen:

1. Der Weg für ein Bündel weitreichender Verbesserungen ist frei!

● Die familienpolitischen Leistungen werden ausgebaut.

Das Steueränderungsgesetz bringt entscheidende Vorteile für Familien mit Kindern:

● Der Kinderfreibetrag wird von 3.024 DM auf 4.104 DM für jedes Kind angehoben.

● Das Erstkindergeld steigt von 50 DM auf 70 DM monatlich an.

● Der Kindergeldzuschlag wird von monatlich bis zu 48 DM auf bis zu 65 DM angehoben.

Insgesamt belaufen sich die Verbesserungen auf über 7 Milliarden DM. Eine Familie mit Durchschnittsverdienst von 3.900 DM und zwei Kindern (Steuerklasse III/2) erhält künftig durch höheres Kindergeld und zusätzliche Steuerfreibeträge rund 57 DM mehr im Monat. Auf das Jahr umgerechnet sind dies 684 DM.

Außerdem wurde vereinbart: Noch in dieser Legislaturperiode wird die Bundesregierung weitere Vorschläge zur Fortentwicklung der Kindergeldleistungen im dualen System des Familienlastenausgleiches vorlegen.

● Die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen werden verbessert.

● Der vermögensteuerliche Freibetrag für Betriebsvermögen wird auf 500.000 DM vervierfacht.

● Die Steuerbilanzwerte werden in die Vermögensaufstellung übernommen.

● Der Freibetrag bei der Gewerbeertragsteuer wird um 12.000 DM auf 48.000 DM angehoben und die Meßzahl nach dem Gewerbeertrag in fünf Schritten von 1 bis 5 Prozent je zusätzlichem Gewerbeertrag von 24.000 DM stark gestaffelt.

● Die Aussetzung der Gewerbekapital- und Vermögensteuererhebung in den neuen Bundesländern wird bis Ende 1994 verlängert.

Das Gesetzespaket bringt für die Betriebe eine verwaltungsvereinfachende und mittelstandsbegünstigende Reform der Steuerstruktur. Die Entlastungen in Höhe von 4,4 Milliarden DM werden aufkommensneutral gegenfinanziert. Die Einnahmeausfälle der Gemeinden werden voll ausgeglichen.

● Die steuerliche Wohneigentumsförderung wird deutlich verbessert.

● Die Abzugsbeträge nach § 10 e des Einkommensteuergesetzes werden in den ersten vier Jahren von 5 auf 6 Prozent angehoben.

● Für Neubauten wird ein Schuldzinsen-

abzug von jährlich bis zu 12.000 DM für die ersten drei Jahre eingeführt.

Damit haben Bau- und Kaufwillige jetzt endlich die notwendige Sicherheit. Investitionsentscheidungen müssen nun nicht mehr zurückgestellt werden. Eine bauwillige Familie mit zwei Kindern und einem Bruttojahresverdienst von 70.000 DM erhält beim Neubau eines Familienheimes mit durchschnittlichen Bau- und Grundstückskosten von insgesamt rund 350.000 DM einschließlich Baukindergeld und Schuldzinsenabzug eine jährliche Steuerersparnis von rund 8.800 DM. Das bedeutet im Vergleich zum geltenden Recht eine Verbesserung von rund 3.100 DM. Durch die Schaffung selbstgenutzten Wohneigentums werden Mietwohnungen frei. Dies führt zu einer spürbaren Entlastung für den gesamten Wohnungsmarkt.

2. Deutschland bleibt ein verläßlicher Partner in der Europäischen Gemeinschaft!

Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft haben im vergangenen Jahr einstimmig einen Mehrwertsteuersatz von mindestens 15 Prozent beschlossen. Inzwischen liegt dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft ein Richtlinientext vor. Die Verabschiedung ist für April 1992 vorgesehen. Die Mitgliedstaaten fühlen sich bereits jetzt an die vereinbarten Mindestsätze gebunden. In Luxemburg ist die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 12 auf 15 Prozent bereits am 1. Januar 1992 in Kraft getreten. Spanien bereitet einen entsprechenden Schritt vor.

Im Gegensatz zu früheren Erhöhungen wird der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 Prozent beibehalten. Dies bedeutet eine sozialverträgliche Verteilung der Steuerbelastung auf alle Einkommensschichten, denn Bezieher kleinerer Einkommen geben einen relativ höheren Anteil ihres Einkommens für steuerermäßigte oder steuerfreie Verwendungen aus, wie z.B. Lebensmittel, Druckerzeugnisse oder Mieten. Mieten sind von der Anhebung der Mehrwertsteuer nicht betroffen, sie sind generell nicht mehrwertsteuerpflichtig.

3. Die Finanzausstattung der neuen Bundesländer ist gesichert!

Die Mehreinnahmen aus der Anhebung der Mehrwertsteuer in den Jahren 1993 (10,5 Milliarden DM) und 1994 (12,9 Milliarden DM) fließen in vollem Umfang in die neuen Bundesländer. Der Bund zahlt zusätzlich je eine weitere Milliarde in den Fond „Deutsche Einheit" ein. Überdies werden die Mittel aus dem Strukturhilfegesetz in die neuen Bundesländer umgelenkt und durch den Bund auf 5,9 Milliarden DM aufgestockt. Insgesamt wird die Finanzausstattung in den neuen Bundesländern um 33,6 Milliarden DM 1992 bis 1994 verbessert. Davon entfallen auf Berlin 2,6 Milliarden DM, Brandenburg erhält 5,4 Milliarden DM, 4 Milliarden DM gehen nach Mecklenburg-Vorpommern, über 10 Milliarden DM stehen in Sachsen zusätzlich zur Verfügung, 6 Milliarden DM gehen nach Sachsen-Anhalt und 5,5 Milliarden DM nach Thüringen.

Damit ist die Schaffung einer funktionsfähigen Verwaltung, der rasche Ausbau der Infrastruktur und die soziale Vorsorge bis Mitte dieses Jahrzehntes finanziell abgesichert. Die neuen Bundesländer können jetzt auf mittlere Sicht planen und den Aufbau rasch vorantreiben. Der Umsatzsteueranteil der Länder wird für 1993 und 1994 von 35 auf 37 Prozent erhöht. Die im Gesetz zur Aufhebung des Strukturhilfegesetzes vorgesehenen Überbrückungshilfe wird auf 1,5 Milliarden DM angehoben. Für alle Länder bedeuten diese Maßnahmen eine erhebliche Verbesserung der Finanzausstattung. ■

Engholm, Klose und Lafontaine blockieren sich gegenseitig

Zu den längerfristigen Auswirkungen der Entscheidung über das Steueränderungsgesetz 1992 auf die deutsche Politik erklärt der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers:

Die Entscheidung des Bundesrates für das Steueränderungsgesetz 1992 und die Aufstockung des Fonds Deutsche Einheit sind für die Menschen in den jungen Bundesländern ein Grund zur Zuversicht. Der von der SPD inszenierte Milliarden-Poker ist zu Ende. Die Opposition hat ihr durchsichtiges Spiel mit gezinkten Karten verloren. Solidarität mit Ostdeutschland und Ehrlichkeit bei den Staatsfinanzen haben sich durchgesetzt.

Die Entscheidung des Bundesrates hat darüber hinaus langfristige Auswirkungen auf die politische Lage in Deutschland:

1. Die Bundesregierung, die Koalitionsfraktionen im Bundestag und die CDU-geführten Bundesländer bilden gemeinsam mit den jungen Bundesländern eine Gestaltungsmehrheit für die innere Einheit unseres Landes. Der Versuch der Meisterstrategen in der SPD-Führung, eine Verweigerungsmehrheit zu schmieden, ist gescheitert. Die Pressionen mit denen die SPD bis zuletzt um eine Blokkade bemüht war, waren verfassungsrechtlich bedenklich. Das gilt für die Drohungen gegen Brandenburg und für die versuchten Tricks mit der Geschäftsordnung. Beides war politisch erfolglos.

2. Die Spitzenleute der SPD sind in zentralen Fragen der deutschen Politik handlungsunfähig. Engholm, Klose und Lafontaine blockieren sich in ihrem internen Machtkampf gegenseitig:

● Klose:

Die Position des SPD-Fraktionsvorsitzenden ist nach dem vergangenen Freitag gestärkt. Das liegt nicht an Kloses Führungskraft, sondern an der Schwäche der anderen. Klose hat bis zuletzt entschlossen auf Konfrontation gesetzt. Er hat unmittelbar nach der Abstimmung die ersten Drohungen gegen den brandenburgischen Ministerpräsidenten ausgesprochen. Das unterstreicht seine neue Rolle als Wortführer eines Blockadekurses der SPD.

● Engholm:

Der SPD-Chef hat gezögert, gezaudert und taktiert. Zunächst hat er Zustimmung zum Steuerpaket signalisiert, sich dann in die Ablehnungsfront eingereiht und schließlich Vertagung verlangt. Zuletzt hat er sich doch von Klose und Lafontaine in die Konfrontation treiben lassen.

● Lafontaine:

Der saarländische Ministerpräsident wußte, daß es zum Steuerpaket finanzpolitisch und europapolitisch keine Alternative gibt. Er hat die SPD im Dezember wider besseres Wissen in die Konfrontation getrieben. Der Schulterschluß mit der SPD-Bundestagsfraktion gegen den Parteichef Engholm hat zwar diesen beschädigt, er selbst ist aber auch auf der Strecke geblieben.

Die SPD hat bald eine neue Chance. Sie wird zeigen müssen, ob sie auch in der Asylfrage weiter auf Blockade setzt oder ein Stück Handlungsfähigkeit zurückgewinnt. ■

Kommunen sind zufrieden

Nach der Abstimmung zum Steueränderungsgesetz 1992 erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Herkenrath MdB: Das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens zum Steueränderungsgesetz kann von den Kommunen in Ost und West mitgetragen werden:

● Die Mindereinnahmen der Gewerbesteuer aus der Unternehmensentlastung werden den Kommunen in Ost und West durch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage ausgeglichen.

● Außerdem erhalten die Kommunen in den Jahren 1994 und 1995 zusätzliche Mittel in Höhe von drei Milliarden Mark für den Ausbau des kommunalen Verkehrssystems. Die umweltgerechte Weiterentwicklung des Verkehrssystems in unseren Städten ist zu einer der wichtigsten kommunalen Aufgaben geworden. Diese zusätzlichen vom Bund bereitgestellten Mittel sind ein wesentlicher Beitrag zur Lösung der drängenden Verkehrsprobleme in unseren Kommunen.

Finanzielle Hilfen für die neuen Länder

● An der vorgesehenen Aufstockung des Fonds der Deutschen Einheit um 31,3 Milliarden Mark in den nächsten drei Jahren haben die Städte, Gemeinden und Kreise in den neuen Ländern vitales Interesse. Nach der Regelung des Einigungsvertrages fließen davon 40 Prozent, also 12,5 Milliarden Mark, an die Kommunen als frei verfügbare Mittel. Durch die Zustimmung des Bundesrates zu den Vorschlägen der Bundesregierung wird die dringend notwendige Verstetigung des Fonds Deutsche Einheit erreicht werden. Damit erhalten die Kommunen zugleich Planungssicherheit für die nächsten Jahre. Eine starke, auch finanziell abgesicherte kommunale Selbstverwaltung mit dem Aufbau der entsprechenden Infrastruktur ist eine Vorausetzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern.

Es liegt im Interesse aller Kommunalpolitiker, daß die parteipolitisch motivierte Konfliktstrategie der SPD gescheitert ist und nun ein sachliches Ergebnis vorliegt.

EVP will Fraktion mit Konservativen

Die Fraktion der Europäischen Volksparteien (Christliche Demokraten) und die britischen Konservativen im Europäischen Parlament werden schon bald eine enge Fraktionsverbindung eingehen.

Diesen Grundsatzbeschluß faßten die Vorsitzenden der in der EVP zusammengeschlossenen christlich-demokratischen Parteien am vergangenen Wochenende in Brüssel. Die Einzelheiten des Zusammengehens sollen bis zum 31. März von der EVP-Fraktion festgelegt werden; die Zusammenarbeit selbst soll am 1. Mai 1992 beginnen. Der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, Sälzer (CDU), erwartet, daß sich die Form der Straßburger Zusammenarbeit zwischen Christlichen Demokraten und Konservativen am Modell der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Bundestag orientieren werde. Das schließe einen gemeinsamen Vorsitzenden sowie ein gemeinsames Präsidium und Sekretariat ein. Die Fraktionsgemeinschaft soll jeweils für eine Legislaturperiode gelten.

Kommentare

SPD-Scherbenhaufen

Mit der erreichten Zustimmung zum Steueränderungsgesetz 92 hat nun die Bonner Koalition einen Etappensieg errungen . . . Der Bundesrat ist als Blockade-Instrument untauglich! **Südwestfunk, 14. 2. 1992**

Der SPD ging es nicht nur um ein vordergründiges Bild der Geschlossenheit, sondern auch um die seltene Chance, der Bundesregierung trotz ihrer Mehrheit im Bundestag eine parlamentarische Niederlage beizubringen. Daß dieses mißlang, werden die politischen Gegner der Sozialdemokratie jetzt weidlich ausschlachten.

Deutsche Welle, 14. 2. 1992

Die großen Sprüche, sie haben die SPD eingeholt; sie hat im Bundesrat eine schwere Niederlage erlitten und ihr Kanzlerkandidat ist dabei beschädigt worden. Aber nicht durch Ministerpräsident Stolpe, der schließlich ja sagte zum Steuerpaket, sondern durch die falsche Strategie von Oskar Lafontaine. **ZDF, 14. 2. 1992**

Sie kann einfach nicht mehr gewinnen die Mannschaft von Björn Engholm, selbst wenn sie wie im Bundesrat sozusagen in Überzahl antritt. Kein Wunder, sie kämpft an der falschen Front und da auch noch mit der falschen Taktik . . .

ARD, 14. 2. 1992

Die SPD hat schwer Federn gelassen. Auch Engholm scheint nicht davon überzeugt zu sein, daß man auch irgendwann mal alle SPD-Länder auf eine Reihe kriegt, und, wie er sagte, es könnte sein, daß die Regierung sie einzeln vorführt. Das ist sicher jetzt das ganz große Problem der SPD, und einige Leute sind auch demontiert worden. **WDR, 14. 2. 1992**

Im Kampf gegen die Regierungspolitik hat sich die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat als stumpfes Schwert erwiesen . . . **ARD, 14. 2. 1992**

Wie die Sozialdemokraten vom eigenen Taktieren bei dem Steuerpaket überrollt worden sind — das ist der Stoff, der Karnevalisten heiter stimmt. In das politische Abseits hat Oskar Lafontaine seine Partei gedrängt. Schon spottete ein Büttenredner: SPD-Bundeskanzlerkandidat, das sei ein feiner Job, den man bis zum Lebensende ausüben könne. Der flotte Saarländer Oskar Lafontaine hat seiner Partei Schaden zugefügt.

Frankfurter Neue Presse, 17. 2. 1992

Die SPD steht vor einem Scherbenhaufen. Der Versuch, ihre Bundesrats-Mehrheit zur Gegenregierung zu machen, ist gescheitert. Das Verhältnis zum SPD-Hoffnungsträger Ost, Manfred Stolpe, ist kaputt.

Bild, 15. 2. 1992

Welch eine Niederlage — und welch ein Sieg! Eine Niederlage für die SPD, für Engholm, Klose und Lafontaine. Vorher hatte der Parteivorsitzende Björn Enghom gesagt, er werde als Kanzlerkandidat beschädigt sein, wenn die SPD die Kraftprobe verliere. Nun ist er beschädigt. Aber dafür ist nicht der Brandenburger Stolpe verantwortlich; Engholm selbst hat sich beschädigt und beschädigen lassen von Oskar Lafontaine.

Stuttgarter Zeitung, 15. 2. 1992

Dem Waterloo im Kräftemessen um das Steuerpaket folgt jetzt die unausweichliche Abrechnung. Irgend jemand muß in der SPD schließlich die Verantwortung übernehmen für die fehlgeschlagene Strategie, die Bundesregierung über den Bundesrat in die Knie zu zwingen und damit gleichzeitig zu sozialdemokratischer Geschlossenheit zurückzufinden. Aber die Genossen machen es sich reichlich einfach. Seit Tagen sind sie nur auf der Suche nach einem billigen Buhmann in den eigenen Reihen. Erst war der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe dazu auserkoren. Jetzt ist Fraktionschef Klose ein weiteres Opfer dieser unlauteren Selbstkritik geworden. **Stuttgarter Nachrichten, 19. 2. 1992**

Unsolidarisches Verhalten

Zu den Äußerungen der ÖTV-Vorsitzenden, Monika Wulf-Mathies, und von Ministerpräsident Oskar Lafontaine, die Steuerpolitik gebe Anlaß zu erhöhten Tarifforderungen in der Lohnrunde 1992, erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Für höhere Lohnforderungen besteht kein Anlaß, im Gegenteil, die Entlastungen überwiegen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist am 1. Januar 1992 um einen halben Prozentpunkt gesenkt worden.

Der Solidaritätszuschlag entfällt am 30. Juni 1992. Damit werden die Steuerzahler um rund 12 Milliarden DM entlastet.

Mit dem Einstieg in die Unternehmenssteuerreform werden die Rahmenbedingungen für Investitionen und zukunftssichere Arbeitsplätze, gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen, gestärkt.

Mit dem sozial ausgewogenen Steueränderungsgesetz 1992 werden die Familien und die Häuslebauer entlastet. Die Bundesregierung hat zugesagt, noch in dieser Legislaturperiode weitere Verbesserungen für die Familien, auch beim Kindergeld, vorzunehmen.

Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 bleibt der ermäßigte Steuersatz für Güter des täglichen Bedarfs enthalten.

Wer in der Lohnrunde 1992 im Vorgriff mit der Mehrwertsteuererhöhung 1993 Verteilungskämpfe im Westen schürt und unverhältnismäßige Lohnforderungen stellt, schadet der Konjunktur im Westen und dem Aufschwung im Osten.

Frauen und Verfassung

Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer, teilt mit, daß der Bundesfachausschuß Frauenpolitik eine Arbeitsgruppe zum Thema „Frauen und Verfassung" unter der Leitung von Frau Staatssekretärin a. D. Maria Herr-Beck eingerichtet hat.

Der Bundesfachausschuß Frauenpolitik wird sich vor allem mit der Frage befassen, ob Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz eine ausreichende verfassungsrechtliche Grundlage bietet, um die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen. Angesichts der Tatsache, daß die Gleichberechtigung bisher im Lebensalltag — auch nach mehr als 40 Jahren Gültigkeit des Grundgesetzes noch nicht erreicht sei, stelle die Überprüfung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen ein dringliches Anliegen von Frauen dar, erklärten Maria Böhmer und Maria Herr-Beck in der Sitzung des Bundesfachausschusses am 14. Februar 1992.

Der Bundesfachausschuß Frauenpolitik wird demnächst Vorschläge unterbreiten, wie eine Weiterentwicklung der Verfassung unter dem Aspekt Gleichberechtigung erfolgen kann. Es müsse auch geprüft werden, wie den Anliegen gezielter Frauenförderung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Gleichwertigkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit Rechnung getragen werden könne.

Schengener Abkommen

Meilenstein auf dem Weg zur Einheit Europas

Der Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, gab am 12. Februar 1992 zur Verabschiedung des Entwurfs eines Ratifizierungsgesetzes zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 durch das Bundeskabinett folgende Erklärung ab:

Am 14. Juni 1985 haben auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland in dem luxemburgischen Ort Schengen ein Übereinkommen geschlossen, das an den gemeinsamen Binnengrenzen dieser fünf Staaten den vollständigen Abbau der Personenkontrollen, deren Verlegung an die Außengrenzen und eine Reduzierung der Kontrollen im Warenverkehr vorsieht.

Bestimmte Kontrollerleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr sind seit 1985 bereits verwirklicht worden.

Das Übereinkommen vom 19. Juni 1990 dient der Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985. Es regelt die vollständige Aufhebung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Vertragsstaaten sowie die Ausgleichsmaßnahmen, die notwendig sind, damit durch den Verzicht auf Grenzkontrollen im Interesse der Bürger keine unverantwortbaren Sicherheitseinbußen entstehen.

Zu diesen Ausgleichsmaßnahmen gehören unter anderem einheitliche Kontrollen an den Außengrenzen, ein gemeinsames Fahndungssystem, Erleichterungen und Vereinfachungen im Bereich der internationalen Rechtshilfe und der Auslieferung sowie die Harmonisierung der Sichtvermerkspolitik und der Einreisebedingungen für Drittausländer.

Weitere Maßnahmen, die im Schengener Durchführungsübereinkommen vereinbart werden, betreffen unter anderem Voraussetzungen für die grenzüberschreitende Observation und die sogenannten Nachteile durch die Polizei.

Damit ist das Schengener Vertragswerk das weitgehendste Vertragswerk seiner Art in Europa und stellt einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zur europäischen Einheit bei gleichzeitiger Gewährleistung der Inneren Sicherheit dar.

Für die Bundesregierung wäre der Beitritt möglichst aller EG-Mitgliedstaaten zum Schengener System der beste und schnellste Weg, Fortschritte auf dem Weg zum europäischen Binnenmarkt ohne Binnengrenzen im Rahmen der Zwölf zu verwirklichen. Italien, Spanien und Portugal sind dem Vertragswerk inzwischen beigetreten, wodurch die Schengen-Gemeinschaft auf acht Staaten angewachsen ist. Griechenland beabsichtigt, in diesem Jahr beizutreten.

Ziel der Vertragsparteien ist es, das Übereinkommen spätestens zum 1. Januar 1993 in Kraft zu setzen. Voraussetzung dafür ist, daß zuvor die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für dessen Anwendung unter den fünf Erstunterzeichnerstaaten erfüllt worden sind.

Da das innerstaatliche Recht der Bundesrepublik Deutschland in vielen Bereichen

bereits den im Schengener Übereinkommen eingegangenen Verpflichtungen entspricht, sind zur Umsetzung des Übereinkommens — sieht man vom asylrechtlichen Teil ab — vom 19. Juni 1990 nur einige Änderungen im deutschen Recht erforderlich. Sie betreffen unter anderem das Melderechtsrahmengesetz, das Ausländergesetz und das Waffengesetz.

Was den asylrechtlichen Teil anbetrifft, so regelt das Übereinkommen, welche Vertragspartei für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Dadurch soll erreicht werden, daß

- jedem Asylbewerber im Vertragsgebiet die Durchführung eines Asylverfahrens in einem Vertragsstaat garantiert wird,
- andererseits jedoch die Durchführung mehrerer Asylverfahren in verschiedenen Vertragsstaaten vermieden wird.

Die Bestimmung der Zuständigkeit erfolgt nach bestimmten objektiven Kriterien wie Sichtvermerkserteilung, Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, Einreise über Außengrenzen, Asylantragstellung und so weiter. Aus den Übereinkommen der europäischen Staaten ergeben sich daher sowohl Übernahmeverpflichtungen als auch Abgabemöglichkeiten.

Hinsichtlich der Übernahmeverpflichtungen ist, über den gegenwärtigen Rechtszustand hinaus, eine innerstaatliche Regelung erforderlich, die Behandlung von Asylanträgen in den Fällen sicherstellt, in denen der Asylbewerber bereits in einem Vertragsstaat vor Verfolgung sicher war, die Bundesrepublik jedoch nach dem Übereinkommen für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist.

Hinsichtlich der Möglichkeiten, einen Asylsuchenden an den zuständigen Vertragsstaat zu überstellen, sind in Deutschland die verfassungsrechtlichen Beschränkungen des Artikels 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes zu beachten, Regelungen, die über das geltende Recht hinaus Möglichkeiten der Überstellung eines Asylbewerbers an einen zuständigen Vertragsstaat vorsehen, unterliegen deshalb verfassungsrechtlichen Risiken.

Das bedeutet, daß ohne eine Ergänzung des Grundgesetzes eine volle und gleichberechtigte Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an den asylrechtlichen Bestimmungen des Schengener Übereinkommens nicht möglich ist.

Nach Einschätzung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der Schengener Vertragsstaaten trägt das Übereinkommen wesentlich dazu bei, die zum Abbau der Grenzkontrollen notwendigen Arbeiten der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften zu erleichtern und voranzubringen.

Die Schengener Vertragsparteien sehen in dem Übereinkommen einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung eines Raums ohne Binnengrenzen und nehmen es als Ausgangs- und Bezugspunkt für ihr weiteres Vorgehen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften. ■

Germania Apparate wollen 90 Millionen umsetzen

Die Apparate- und Anlagenbau Germania GmbH (Chemnitz) will in diesem Jahr 90 Millionen DM umsetzen. Für knapp zwei Drittel des geplanten Umsatzes seien bislang Aufträge eingegangen, sagte der Leiter für Marketing, Vertrieb und Recht, Rolf Bock. Dabei handele es sich hauptsächlich um Ausrüstungen für die chemische Industrie und für Raffineriebetriebe sowie um Druckapparate. Trotz günstiger Auftragslage rechnet die Firma 1992 noch nicht mit Gewinnen. Das Treuhand-Unternehmen beschäftigt knapp 1.000 Mitarbeiter.

Generalsekretär Volker Rühe:

Aufarbeitung des SED-Unrechts eine gesamtdeutsche Herausforderung

Die deutsche Öffentlichkeit wird in diesen Wochen fast täglich mit neuen Erkenntnissen über die verbrecherischen Machenschaften der SED und ihrer Organe konfrontiert. An einer ständig wachsenden Zahl von Beispielen wird deutlich, wie in einem fein gegliederten System von Druck, Drohung, Weckung von Hoffnungen und Gewährung von Vorteilen Menschen benutzt und instrumentalisiert wurden. Die Öffnung der Archive ermöglicht zunehmend genauere Einblicke in die Art und Weise, wie im Namen einer Ideologie die Würde von Menschen mißachtet, ihre Freiheit unterdrückt und das Recht gebeugt wurde. Die Opfer des Unrechts können vielfach erst jetzt in vollem Umfang überblikken, wie weitreichend und tiefgreifend die Gefährdung war, in der sie sich befanden.

Wir stehen jetzt vor der zentralen politischen Aufgabe, den Opfern des SED-Unrechts Gerechtigkeit zu verschaffen. Dies ist keine Aufgabe allein der Menschen in den neuen Bundesländern, die verständlicherweise von dieser Thematik vorrangig betroffen sind. Die Aufarbeitung des SED-Unrechts ist eine gesamtdeutsche Herausforderung. Auch die Bürger im Westen Deutschlands müssen ein Interesse daran haben, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in den neuen Ländern gelingt. Die Menschen im Osten Deutschlands müssen erfahren können, daß im Rechtsstaat das Unrecht der Diktatur soweit wie möglich wiedergutgemacht wird. Diese Erfahrung ist wesentliche Voraussetzung dafür, daß neues Vertrauen in die staatliche Ordnung gefaßt wird. Gelingt dies nicht, wird das unaufgearbeitete SED-Unrecht auf Jahrzehnte hinaus eine schwärende Wunde in einem Teil der deutschen Gesellschaft bleiben. Und wenn ein Teil krank ist, dann ist das Ganze nicht gesund.

Die Diskussion um die Aufarbeitung der Vergangenheit der ehemaligen DDR hat in diesen Wochen einige Gefahren deutlich werden lassen, denen rechtzeitig begegnet werden muß:

Gemeinsame Erklärung von Generalsekretär Volker Rühe, MdB Rainer Eppelmann, Innenminister Heinz Eggert (Sachsen) und Umweltminister Arnold Vaatz (Sachsen) am 12. Februar 1992 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus.

Den Menschen wird zunehmend bewußt, daß mit den Mitteln des Rechtsstaates das Unrecht eines diktatorischen Regimes weder zügig noch umfassend aufgearbeitet werden kann. Wenn ehemalige SED-Größen bisher lediglich wegen Ordnungswidrigkeiten belangt wurden, abhängige Befehlsempfänger aber zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, wenn die Opfer des Unrechts zusehen müssen, wie die Mitläufer des untergegangenen Systems ihre alten Startvorteile in eine neue Zeit hinüberretten können, dann wird der Rechtsstaat unglaubwürdig. Angesichts dieser Gefahr ist zweierlei notwendig:

a) Die Justiz muß vor ungerechtfertigten Vorwürfen geschützt werden. Der Rechtsstaat erlaubt keinen „kurzen Prozeß". Aber gutes Recht muß auch schnelles Recht sein. Deshalb ist

b) zu fordern, daß sowohl die mit der Aufarbeitung der Regierungskriminalität befaßten Justizstellen wie auch die Gauck-Behörde personell so ausgestattet werden, daß sie ihre Aufgaben in überschaubaren und angemessenen Zeiträumen erfüllen können.

Es besteht ganz offenkundig eine Tendenz, die notwendige Aufarbeitung der Vergangenheit zu verschleppen oder gar zu verhindern. Es gibt das Interesse von Betroffenen, „Gras über die Sache wachsen" zu lassen. Es gibt eine Tendenz der Bequemlichkeit, die die Anstrengung scheut, sich mit diesem dunklen Kapitel deutscher Geschichte auseinanderzusetzen. Die Forderung „Schwamm drüber!" wird inzwischen laut erhoben.

Hier liegt eine zweite Gefahr. Wir können die Vergangenheit nicht auf sich beruhen lassen. Wahrheiten, die unterdrückt werden, werden giftig. Wir sollten aus der unmittelbaren deutschen Nachkriegsgeschichte gelernt haben und uns heute der Aufarbeitung der Vergangenheit nicht wieder entziehen.

Fünf Grundsätze

Die Diskussion um die Vergangenheit kann nur erfolgreich sein, wenn sie zu einem breiten Konsens und nicht zu neuer Teilung führt. Wir müssen uns auf klare Maßstäbe verständigen, wie wir das SED-Unrecht aufarbeiten können. Dabei sollten folgende fünf Grundsätze gelten:

1 „Tribunale" können wertvolle Beiträge leisten, die Mechanismen des Unrechtsstaates aufzudecken und Verantwortliche zu benennen. Sie können aber die rechtsstaatliche Aufarbeitung der Vergangenheit nicht ersetzen. Justiz und Politik dürfen auch angesichts großer rechtlicher Probleme nicht vor der Aufgabe kapitulieren, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die sich im SED-Staat schuldig gemacht haben.

2 Das SED-Unrecht zu sühnen, darf nicht durch Zeitablauf unmöglich gemacht werden. Der Gesetzgeber muß verbindlich klarstellen, daß die Verjährung von Verbrechen in der ehemaligen DDR während dieser Zeit geruht hat.

3 Es geht nicht um Rache an den Tätern, sondern um Gerechtigkeit für die Opfer. Was die Justiz des Rechtsstaates dabei nicht oder nicht ausreichend schnell aufarbeiten kann, muß durch andere Maßnahmen des Staates aufgefangen werden. Wir brauchen einen intensiven und nicht durch Parteigrenzen behinderten Dialog zwischen der Politik und den Opfern des SED-Unrechts, um geeignete Maßnahmen entwickeln zu können, durch die Benachteiligungen und Schäden soweit wie möglich gemildert werden können.

4 Die schlimmen Folgen der SED-Diktatur müssen aber auch politisch aufgearbeitet werden. Deshalb muß es Aufgabe der geplanten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sein, nicht nur Fakten zu erheben und zu beschreiben, sondern vor allem auch darzulegen, warum die Ideologie des Sozialismus zu einem derart menschenverachtenden System führen mußte. Der Sozialismus ist nicht in erster Linie an einer falschen Ökonomie, sondern an einem falschen Menschenbild gescheitert.

5 Wir sollten uns immer vor Augen halten: Bei diesem Thema geht es um Menschen, deren Würde oft eklatant verletzt wurde. Wir müssen verhindern, daß den alten Verletzungen neue hinzugefügt werden. Die Opfer der SED dürfen heute nicht zu Opfern einer Berichterstattung werden, die die existentielle Lage der Betroffenen ignoriert und die sich allein an den Gesetzen der Medienwirksamkeit und der Auflagensteigerung orientiert.

Um geschehenes Unrecht so weit wie möglich wiedergutmachen zu können, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

■ Wem es aus politischen Gründen verwehrt war, zu studieren, zu promovieren oder sich zu habilitieren, dem müssen Angebote gemacht werden, um ein Nachholen der Ausbildung zu erleichtern: durch Stipendien, insbesondere für Fernstudiengänge, da die betroffenen Menschen vielfach durch Berufsarbeit eine Familie versorgen müssen; durch Sonderprogramme der Fernuniversität Hagen und der entsprechenden Abteilungen anderer Universitäten wie auch der Akademien und Volkshochschulen im ehemaligen Zonenrandgebiet; durch Änderung des BAföG und seiner Richtlinien, wo dies z. B. im Hinblick auf Altersgrenzen erforderlich ist; durch die besondere Berücksichtigung bei der Vergabe von Studienplätzen.

■ Die Hochschulen sind aufgefordert, frühere Eingriffe in laufende Promotionsverfahren oder die Aberkennung akademischer Grade aus politischen Gründen zu überprüfen.

■ Wir brauchen spezielle Förderung auch für handwerkliche Berufe — beispielsweise für nachgeholte Meisterkurse. So könnten Industrie- und Handwerkskammer und landwirtschaftliche Verbände verstärkt spezifische Fachpraktika vermitteln.

■ Opfer des SED-Unrechtsregimes sollten zu Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes zugelassen werden, auch wenn die Voraussetzungen, wie u. a. Altersgrenze oder längere Arbeitslosigkeit, nicht vorliegen. Dies betrifft z. B. Berufsausbildungshilfen, Förderung bei Arbeitsaufnahme, Wohngeld bei externer Ausbildung, Einarbeitungszuschuß, Eingliederungsbeihilfen für Arbeitgeber sowie Überbrückungsbeihilfen bei Beginn einer selbständigen Tätigkeit.

■ Schätzungsweise 50.000 Menschen wurden in der ehemaligen DDR zwangsumgesiedelt. Der Unrechtscharakter dieser Maßnahmen muß auch dadurch klargestellt werden, daß die Betroffenen einen Anspruch auf Rehabilitierung haben. Damit Anträge von Zwangsumgesiedelten nach dem Vermögensgesetz eine klare Rechtsgrundlage haben, müssen die rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidungen aufgehoben und die Gesetzgebung zur Bereinigung des SED-Unrechts um den Personenkreis der Zwangsumgesiedelten und deren Hinterbliebenen erweitert werden.

■ Im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit sollten Sonderberatungsstellen eingerichtet werden, die SED-Opfer über die Möglichkeiten der beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung sowie der Wiedergutmachung bzw. Entschädigung informieren und praktische Hilfe leisten.

■ Angesichts der Probleme bei der beruflichen und der verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung, insbesondere im Hinblick auf die Frage der Kriterien und des Nachweises einer Benachteiligung, sollte für Grenz- und Härtefälle eine Stiftung für SED-Opfer eingerichtet werden. Für die Finanzierung dieser Stiftung sollten die Finanzmittel der SED und der ehemaligen Blockparteien herangezogen werden. Entscheidend ist, daß im Stiftungsrat SED-Opfer vertreten sind, die bei der Erarbeitung der Förderungsrichtlinien mitwirken.

■ Gegen Vergessen und Verdrängen und als Mahnung an die Folgen einer menschenverachtenden Ideologie fordern wir die Errichtung von Gedenkstätten und die umfassende Dokumentation der Verbrechen des SED-Regimes. Insbesondere in der Zentrale der Täter, dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR in Ost-Berlin, sollte eine Stätte der Dokumentation, der Forschung, aber auch der Arbeit der Opferverbände und der Begegnung vor allem der jungen Generation mit diesem Teil deutscher Geschichte eingerichtet werden.

Spitzentreffen der Unionsparteien

„Deutschland steht vor gewaltigen historischen Herausforderungen. CDU und CSU werden diese Herausforderungen annehmen. Sie werden auch weiterhin die prägende Kraft der deutschen Politik sein", erklärten CDU-Generalsekretär Volker Rühe und CSU-Generalsekretär Erwin Huber übereinstimmend im Anschluß an das mehrstündige Spitzentreffen von CDU und CSU am 11. Februar 1992 in Bonn. Bundeskanzler Helmut Kohl und der CSU-Vorsitzende Bundesfinanzminister Theo Waigel führten dabei die Delegationen ihrer Parteien an.

In erster Linie komme der Sicherung der wirtschaftlichen Basis Deutschlands und der künftigen konjunkturellen Entwicklung eine Schlüsselposition zu, stellten die Unionsparteien fest. Die Ausgestaltung des Standortes Deutschland müsse deshalb das zentrale Thema der künftigen Politik werden. In dieser Frage erfolgten die wesentlichen Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes. CDU und CSU stimmten darin überein, daß für die künftige Entwicklung des Standortes Deutschland Technologiefaktoren sowie die Aus- und Fortbildung der Arbeitnehmer entscheidende Bedeutung erlangen werden.

Im weiteren Verlauf des Gespräches gingen beide Seiten auf die Neuregelung des Asylrechts ein. Vor dem Hintergrund steigender Asylbewerberzahlen seien wirksame Maßnahmen gegen den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts nur mit einer Änderung des Grundgesetzes möglich. Die Union werde jede sinnvolle Maßnahme zur Beschleunigung der Asylverfahren mittragen. Die Erfahrungen in Bayern und Baden-Württemberg zeigten jedoch, daß wirksame gesetzliche Regelungen nur mit einer Änderung des Artikels 16 GG erreicht werden könnten. Der Asylrechtsmißbrauch sei in erster Linie ein Problem des bisherigen Automatismus, wonach Asylbewerber selbst in offensichtlich unbegründeten Fällen ein Bleiberecht in Deutschland erhalten. Die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Änderung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz wurde mit Nachdruck bekräftigt.

Die Ergebnisse des EG-Gipfels von Maastricht stellen nach Einschätzung der Unionsparteien ein Bekenntnis für Europa auf der Grundlage des Föderalismus dar. CDU und CSU werden ihr Ziel, ein dezentrales, föderalistisches Europa

CDU und CSU sind sich einig in den zentralen Fragen deutscher Politik

zu schaffen, auch weiterhin mit ganzer Kraft verfolgen. In diesem Zusammenhang streben sie eine Änderung des Artikels 24 GG an. Dadurch würden die Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bundesländer im weiteren Verlauf des europäischen Integrationsprozesses entscheidend gestärkt und dem Föderalismus Rechnung getragen, stellten Volker Rühe und Erwin Huber fest.

Die Absicherung des Pflegefallrisikos wird von der Union als gesellschaftliche Herausforderung von grundlegender Bedeutung begriffen. Die Gesprächspartner stimmten darin überein, daß in dieser Frage noch vor der Sommerpause von CDU und CSU eine Grundsatzentscheidung getroffen werde. ■

Rechtspolitik im geeinten Deutschland

Am 14. und 15. Februar 1992 fand der vom Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen vorbereitete und durchgeführte Rechtspolitische Kongreß der CDU statt. Unter dem Motto „Recht sichert die Freiheit — aktuelle Herausforderungen an die Rechtspolitik im geeinten Deutschland" befaßten sich 350 Kongreßteilnehmer mit einer Auswahl aktueller rechtspolitischer Themen.

In Arbeitsforen wurden die Bereiche „Gewalt in der Gesellschaft", „Organisierte Kriminalität" sowie die „Offenen Vermögensfragen in den neuen Bundesländern" behandelt. Die Themen Gewalt in der Gesellschaft und organisierte Kriminalität gaben nicht nur Anlaß zur Klärung fachspezifischer Fragen, sondern auch zu einer gesellschaftspolitischen Analyse dieser Phänomene. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

■ Familie und Schule haben für eine vorbeugende Kriminalpolitik eine herausragende Bedeutung. Beide Institutionen müssen deshalb gestärkt werden. Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik.

■ Ein Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität muß rasch verabschiedet werden. Von zentraler Bedeutung für eine wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist die gesetzliche Möglichkeit der Abschöpfung der aus den Straftaten erzielten Gewinne. Eine klare Rechtsgrundlage für den Einsatz verdeckter Ermittler ist dringend erforderlich.

Zum Bereich der offenen Vermögensfragen in den neuen Bundesländern wurde von Teilnehmern aus den alten und neuen Bundesländern engagiert und kontrovers diskutiert. Dabei wurden sowohl wirtschaftliche als auch soziale Aspekte angesprochen.

■ Die Herstellung einer gerechten Eigentumsordnung ist von zentraler Bedeutung für den Aufbau einer auf Recht und Freiheit begründeten Gesellschaft und Wirtschaft auch in den neuen Bundesländern. Einer rechtsstaatlichen Eigentumsordnung entspricht es, am Grundsatz der Restitution festzuhalten.

Rechtspolitischer Kongreß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen in Karlsruhe am 14. und 15. Februar 1992

■ Eigentum ist aber zugleich ein Eckstein einer gerechten Sozialordnung. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums verlangt, die Restitutionsberechtigung mit einer Investitionsaufgabe zu verbinden. Im Vermögensgesetz muß das Prinzip des Vorrangs investiver Maßnahmen gestärkt werden.

Der Vorsitzende des BACDJ, MdB Herbert Helmrich, hielt einen Vortrag zum Thema „Unblutige Revolution und Gerechtigkeit". Kernaussage seiner Rede war: Der vielfach in den neuen Bundesländern zitierte Satz „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat" ist nicht falsch. Er ist aber ergänzungsbedürftig: „... Wir bekamen den Rechtsstaat, und er brachte uns mehr

Gerechtigkeit." Diesen Satz zu erfüllen, sei unsere Aufgabe.

Der zweite Kongreßtag befaßte sich mit dem Thema „Das Grundgesetz — eine Verfassung für Deutschland". Dieses Thema wurde zunächst im Rahmen von Kurzvorträgen wissenschaftlich erörtert.

Im Anschluß daran folgte eine lebhafte Podiumsdiskussion mit Vertretern der verschiedenen Parteien im Deutschen Bundestag. Kernpunkte der Referate und der Diskussion waren die Themen Föderalismus, Plebiszite, Staatszielbestimmungen und Europa. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, nahm in seiner Abschlußrede „Deutschlands neue Verantwortung in der Welt — verfassungsrechtliche Konsequenzen" die Diskussion um das Grundgesetz auf. Tenor sowohl des Kongresses als auch der Rede von Wolfgang Schäuble war: Grundlage für die Bewältigung der rechtspolitischen Aufgaben von heute ist die Werteordnung des Grundgesetzes. Diese Werteordnung hat sich über 40 Jahre lang bewährt und ist uns Wegweiser im geeinten Deutschland. Das Grundgesetz ist in seiner jetzigen Fassung grundsätzlich zu bewahren, jedoch dort, wo es die Verfassungswirklichkeit erfordert, sind Änderungen vorzunehmen. **(Siehe auch grünen Teil dieser Ausgabe.)** ■

Aufschwungsignale

Die Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft macht nach Meinung des Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. (Köln), Eberhard Martini, deutliche Fortschritte. Die Signale für den Aufschwung in den neuen Bundesländern würden sichtbarer, erklärte Martini vor dem Club Berliner Wirtschaftsjournalisten in Berlin.

Dirk Fischer kandidiert für den Landesvorsitz

Auf der Landesausschuß-Sitzung der Hamburger CDU am 15. Februar 1992 ist die Beschlußphase des Reformpapiers abgeschlossen worden. Die noch offenen Vorschläge und Anträge zu Satzungsänderungen standen im Mittelpunkt dieser letzten von insgesamt vier Sitzungen zur Erneuerung der Partei. Die Partei hat mit dem Reformpapier, das eine Kommission unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Dirk Fischer erstellt hat, eine Arbeitsvorlage, die in alle Bereiche der Partei hineinreicht und viele neue Projekte enthält.

Die Kernstücke der Diskussion auf dem Landesparteitag waren die Satzungsänderungen in Bezug auf die Kandidatenaufstellung und die Zusammensetzung des Wahlausschusses, der der Vertreterversammlung die Kandidaten vorschlägt. Über die Kandidaten für Bundes- und Kommunalwahlen wird jetzt auf den ersten zehn Listenplätzen einzeln abgestimmt, die folgenden Plätze werden weiterhin in 10er-Blocks nominiert. Damit ist ein gut handbares Verfahren gefunden worden.

Auch personell steht ein Wechsel bevor. Dirk Fischer gab seine Kandidatur für den Landesvorsitz der Hamburger CDU offiziell bekannt. Er strebt damit die Nachfolge von Jürgen Echternach an, der 18 Jahre an der Spitze der Elbe-Union steht und unter dessen Führung die Hamburger CDU eine mitgliedsstarke Volkspartei wurde. Die Landesvorstandswahlen finden am 29. Februar 1992 in Hamburg statt.

SPD kündigt Schulfrieden auf

Auf vier gut besuchten Regionalkonferenzen zur Schulpolitik hat die Niedersachsen-CDU die von der rot-grünen Landesregierung beabsichtigten Veränderungen des Niedersächsischen Schulgesetzes diskutiert.

Eingeladen zu diesen Veranstaltungen waren die schulpolitisch tätigen Mandatsträger im kommunalen Bereich. Mit ihnen sollte beraten werden, welche endgültige Positionen die CDU im Rahmen der parlamentarischen Beratungen einnehmen wird. Gleichzeitig sollen die Eltern und Schüler ermutigt werden, sich aktiv und konstruktiv an der Gestaltung der künftigen niedersächsischen Schullandschaft zu beteiligen.

Die CDU wirft der SPD vor, die schulpolitische Vielfalt in Niedersachsen zu verändern. Die „Fußangeln des Gesetzes" ließen keinen Zweifel daran, so der Landesvorsitzende Josef Stock, daß SPD-Kultusminister Wernstedt Hauptschule, Realschule und Orientierungsstufe zur Abschaffung freigegeben habe.

An ihre Stelle solle ein dichtes Netz von integrierten Gesamtschulen treten. Dabei gingen jetzt noch gegebene Wahlmöglichkeiten der Eltern verloren.

Der Elternwille werde willkürlich ausgelegt, wenn künftig eine Minderheit von 60 bis 80 Eltern eines Jahrganges vor Ort den Schulträger verpflichten könne, eine Gesamtschule mit Ganztagsbetrieb vorzuhalten.

Die CDU lehne es ab, daß beim Elternwillen mit zweierlei Maß gemessen werde. Wenn mit der Schulgesetznovelle Eltern den kommunalen Schulträger verpflichten können, Gesamtschulen als Ganztagsschulen vorzuhalten, dann müsse dies auch für Eltern gelten, die Schulen des gegliederten Schulwesens in Ganztagsschulen umwandeln oder dort freiwillige Ganztagsbetreuung anbieten wollten.

Die CDU wies darauf hin, daß zu den derzeit bereits bestehenden 36 Gesamtschulen in den letzten Monaten insgesamt 53 von der rot-grünen Landesregierung unterstützte Gesamtschulinitiativen hinzugekommen wären.

Ausbau der Gesamtschulen nicht zu Lasten des gegliederten Schulsystems

Fehlende finanzielle Mittel führten dazu, daß zusätzliche Kosten für die Einrichtung von Gesamtschulen von den finanziellen Leistungen für das gegliederte Schulsystem, für die Privatschulen wie auch für die Unterrichtsversorgung abgezwackt werden müßten.

Auf die kommunalen Schulträger kämen mindestens 750 Millionen DM für Neu- und Umbaumaßnahmen zu, die Landesregierung selbst habe in ihrer mittelfristigen Finanzplanung keine Schulbaufördermittel eingeplant.

Stock verwies auf das Gesamtschulland Nordrhein-Westfalen; dort sei mit der Kienbaum-Studie belegt worden, daß in einem Flächenland zwei gleichberechtigte Regelschulsysteme nicht finanzierbar seien. Die Gesamtschule verursache im Vergleich zum gegliederten Schulsystem einen erheblich höheren Personalbedarf. Weniger Pflichtstunden für die Lehrkräfte (Grundschullehrer 27½ Stunden, Gesamtschullehrer 23½ Stunden pro

Osteuropakonferenz der Jungen Union

Die Junge Union Deutschlands veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 27. Februar bis 29. Februar in Berlin eine Osteuropakonferenz.

Zu dieser Tagung erwarten Stiftung und JU hochgradige Referenten. So spricht unter anderem Anton Pfeifer MdB, Staatsminister beim Bundeskanzler und stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, zur Situation der osteuropäischen Staaten aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.

Zu der Tagung werden auch zahlreiche Vertreter aus ost- und westeuropäischen Ländern erwartet.

Nähere Informationen zu dieser Tagung erhält man bei der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union, Annaberger Str. 283, Telefon (02 28) 31 00 11, Fax (02 28) 38 45 20, in Bonn.

Woche) mehr Funktionsstellen (22 Stellen ab A 14 in einer Gesamtschule bis Klasse 10) und damit erhöhter Bedarf an Freistellungsstunden in Verbindung mit dem obligatorischen Ganztagsbetrieb würden ca. 30 Prozent mehr Personalkosten als im herkömmlichen Schulwesen ausmachen.

Der CDU-Landesvorsitzende Josef Stock bedauerte, daß durch diese Gesetzesnovelle, die von der SPD „durch den Landtag gepeitscht werden solle", der Schulfrieden nachhaltig gestört werde und die Veränderungen „Auf dem Rücken der Kinder" ausgetragen werden sollten.

Die CDU Niedersachsen werde auch weiterhin die Gesamtschule als Angebot akzeptieren, sagte Stock, aber man werde eindeutig am gegliederten Schulsystem als Regelschule festhalten.

Die CDU fordere, daß der noch von der CDU gestartete Schulversuch zur freiwilligen Ganztagsbetreuung im Schulgesetz verankert werde. Dies gelte insbesondere für Haupt- und Realschulen an Standorten, an denen integrierte Gesamtschulen geplant seien. ■

Tötung von Frühgeborenen moralisch verwerflich

Zu den Meldungen über die Tötung von Frühgeborenen in der ehemaligen DDR erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk: Die Tötung zu früh geborener Kinder über Jahre hinaus in der ehemaligen DDR oder durch bewußte Vernachlässigung der entsprechenden medizinischen Versorgung zeigt sehr deutlich, mit welchen menschenverachtenden Methoden in diesem System gearbeitet wurde.

Forschungsergebnisse zeigen, daß es auch bei extrem unreifen Ungeborenen gute Überlebenschancen gibt. Um so bedauerlicher ist es, wenn einzelne Mediziner ohne moralische Bedenken und unter Nichtbeachtung ihres hypokratischen Eides sich nicht um das Überleben Frühgeborener bemüht haben.

Uns alle sollte dieser Vorgang ein erschreckendes Beispiel dafür sein, wie abgrundtief in einem von Gewalt und Bespitzelung beherrschten System die Einstellung zum Leben sein kann. ■

MODERNE PARTEIARBEIT IN DEN 90ER JAHREN

ÖKOLOGISCHE OFFENSIVE

- Parteiarbeit in der Umweltpolitik
- Aktionsvorschläge
- Schwerpunkt Abfall
- Umwelttips zum Weitergeben

CDU aktiv

Handbuch

● **Ökologische Offensive**

Bestell-Nr. **4266**
Verpackungseinheit: 10 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit:
18,90 DM

Dresdner Manifest

● Beschluß „Die Zukunft gemeinsam gestalten" vom 2. Parteitag der CDU in Dresden

Bestell-Nr.: **5467**
Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit: 17,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Neu: Broschüre „Steuerliche Hilfen"

Die Broschüre des Bundesministeriums der Finanzen informiert in vierzehn Abschnitten anschaulich über verschiedene steuerliche Sonderregelungen und Maßnahmen, die in den neuen Ländern gelten.

Erläutert werden so unterschiedliche steuerliche Vergünstigungen wie Investitionszulagen, Sonderabschreibungen und Sonderausgaben, steuerfreie Rücklagen, Gewinnabzug für Land- und Forstwirte, Vergünstigungen nach dem Einkommensteuergesetz und vieles andere mehr.

Die einzelnen Abschnitte gliedern sich in eine Beschreibung der jeweiligen steuerlichen Regelung, der persönlichen, sachlichen und zeitlichen Voraussetzungen und des Verfahrens. Wichtige Begriffe werden erläutert. In einigen Beispielen werden Berechnungen wichtiger Regelungen zur Steuerersparnis vorgeführt.

Die Broschüre ist kostenlos beim Bundesministerium der Finanzen, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Graurheindorfer Straße 108, W-5300 Bonn 1, Telefon (0228) 682-7650/-7796/-4328, erhältlich.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu: Umwelt-Kugelschreiber

Umweltschutz wird bei uns großgeschrieben. Schon seit einiger Zeit werden unsere Broschüren und Faltblätter auf chlorfrei gebleichtem Papier oder Altpapier gedruckt. Jetzt gibt es ein weiteres Produkt unserer konsequenten Umweltpolitik. Der umweltfreundliche Kugelschreiber besteht zu 75 Prozent aus Altpapier und zu 25 Prozent aus cadmium- und bleifreiem Kunststoff recycelter Produktionsabfälle.

Natürlich hat Umweltschutz seinen Preis, aber dieser zahlt sich durch eine saubere Umwelt wieder aus.

Bestell-Nr.: **9430**
Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis je Einheit: 35,— DM

Bestellungen bei:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold
Fax (05423) 41521

UiD
6/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (0228) 5441, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Telefon (0228) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.